

# **Arm in einer reichen Gesellschaft**

## **Deutschland gibt viel Geld für Kinder aus, doch die Schwächsten bleiben dabei oft auf der Strecke**

Kommentar von Tanjev Schultz  
in: Süddeutsche Zeitung vom 2. September 2009, S. 4

Wie viel wert ist ein Kind? Ein Unmensch, wer es beziffern wollte! Und doch kann man für den Staat eine kühle Rechnung aufmachen: Deutschland gibt für jedes Kind von der Geburt bis zum 18. Lebensjahr etwa 100 000 Euro aus. Das ist nicht wenig, die Summe sagt jedoch wenig darüber aus, wie gut es den Kindern geht und ob das Geld bei ihnen ankommt. Zahlen der OECD deuten darauf hin, dass die Ausgaben nicht sehr effektiv sind: Die Kinderarmut ist hoch, vielen Migranten und Alleinerziehenden fehlt das Geld, um ihren Söhnen und Töchtern zu bieten, was für andere ganz selbstverständlich ist: ein eigenes Zimmer, anregende Ferien im Ausland und teure Nachhilfestunden, wenn es in der Schule nicht gut läuft.

Für das Kindergeld zahlt der deutsche Staat im internationalen Vergleich hohe Beträge, aber wenn Eltern arbeitslos sind oder wenig verdienen, wachsen die Kinder trotzdem in relativer Armut auf. Und die niedrigen Hartz-IV-Sätze sehen nicht einmal Ausgaben für Bildung und Betreuung vor.

In der Bildungs- und Familienpolitik wollen viele Politiker vor allem der Mittelschicht gefallen, es fehlt der Mut, Prioritäten für die Schwächsten zu setzen. Kindergärten und Schulen, die viele Kinder aus armen und sozial schwierigen Familien betreuen, benötigen mehr Ressourcen und Pädagogen als Einrichtungen in wohlhabenden Vierteln. Statt zu versuchen, alle Familien mit minimalen Kindergeld-Erhöhungen zu beglücken, müsste das Geld in Programme fließen, die Bildungsarmut frühzeitig bekämpfen.

Den Kommunen fällt es schon schwer, überhaupt die nötige Zahl an Krippenplätzen bereitzustellen. Die Qualität der Angebote kommt da erst recht zu kurz. Wenn sich wegen der Wirtschaftskrise die Finanzlage der Städte und Gemeinden verschlechtert, werden die Bekenntnisse zur frühkindlichen Bildung noch weniger wert sein. Nach der Wahl muss die neue Bundesregierung den Kampf gegen die Bildungsarmut zu einem Schwerpunkt ihrer Politik machen. Es sind ja nicht nur Kinderschützer, die darauf dringen. Es ist auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Die Zahl der Kinder sinkt, und nur mit gefestigten, gut ausgebildeten Bürgern wird die demographische Herausforderung zu meistern sein.

Eine reiche Gesellschaft hat auch die moralische Pflicht, Kinder vor Armut zu bewahren und sie vor Verwahrlosung zu schützen. Mitten in Deutschland, diesem zivilisierten Staat, leben Tausende Kinder in einer Art Naturzustand. Das Leben im Naturzustand, so formulierte es Thomas Hobbes vor langer Zeit, ist „solitary, poor, nasty, brutish and short“, mit einem Wort: armselig. Heute bedeutet der Naturzustand für Kinder, in vermüllten Wohnungen zu leben und zu hoffen, dass die Eltern nicht vergessen, sie zu füttern. Solche Kinder können den Glauben an ihre Zukunft verlieren, später zu Schulschwänzern werden und in die Halbwelt der Straßengangs abtauchen.

Wenn die Eltern es nicht schaffen, ihr Kind aus diesem Naturzustand zu führen, müssen andere helfen: Freunde und Nachbarn, Erzieherinnen, Pfarrer und Jugendbetreuer, Sozialarbeiter, Lehrer, Sporttrainer und Pensionäre. Der Staat muss großzügig sein bei seinen Ausgaben für Familien, aber er muss sie so lenken, dass das Geld bei den Kindern ankommt und es zivilgesellschaftliche Kräfte nicht lähmt, sondern mobilisiert.

Eltern-Kind-Zentren und Ganztagschulen, in denen die Sozial- und Schulämter eng kooperieren, können dazu beitragen, Kindern den Reichtum der Kultur zu erschließen. Behörden und Bildungsstätten dürfen sich dabei nicht auf die materielle und die kognitive Förderung beschränken. Ohne emotionale Stabilität und ein Gefühl der Geborgenheit bleibt ein Kinderleben armselig. Es ist viel verlangt, aber auch die Gesellschaft muss ihre Kinder lieben. Jedes Kind muss ihr unendlich mehr wert sein als 100 000 Euro.